

## Zusammenfassung

Am Beispiel von vier Gemeinden untersucht die vorliegende Studie entlang der kommunalpolitischen Themenfelder „Klima und Energie“, „Verkehrsinfrastruktur“ und „Wohnen“ sowie unter Einbeziehung des (typischerweise überlokal verhandelten) Themenfelds „Migration“ rechtspopulistische Aktivitäten in der Kommunalpolitik. Bei den untersuchten Gemeinden handelt es sich um je eine ländliche und eine suburban gelegene kleine Kommune in Brandenburg und Baden-Württemberg. Ziel der Untersuchung ist es herauszufinden, inwieweit und auf welche Weise rechtspopulistische Interventionen lokale Politikdiskurse beeinflussen. Die Studie beruht auf drei methodischen Modulen: 1) einer Framing- und Scaling-Analyse, die seitens der lokalen Parteien und Wählergruppen angebotene Deutungsmuster für lokalpolitische Themen untersucht, 2) einer Rezeptionsanalyse, die die Verhandlung dieser Themen in unterschiedlichen Diskursarenen betrachtet und 3) einer Analyse von Interviews mit insgesamt 58 Personen, die in den vier Untersuchungsgemeinden ansässig sind und einen guten Überblick über die dortigen kommunalpolitischen Akteurinnen und Akteure, Debatten und Aushandlungsmodi besitzen. Die Erhebungen wurden vor den Kommunalwahlen im Mai 2019 durchgeführt. Die Auswertung des Materials legt, im Abgleich mit der einschlägigen Fachliteratur, einige Ableitungen nahe.

In den Untersuchungsorten sind es jeweils unterschiedliche Schwerpunktthemen, die als relevant für das lokale Gemeinwesen angesehen werden. Bei diesen Themen verlaufen die Konfliktlinien nicht zwangsläufig zwischen mehr oder minder klar definierten Fraktionen innerhalb der lokalen Gemeinschaft, sondern auch vertikal zwischen lokalen und überlokalen (Kreis, Region, Land, Bund, EU) Interessenslagen sowie horizontal zwi-

schen unterschiedlichen Gemeinden. Die Verhandlung dieser Themen verläuft in unterschiedlichen Diskursarenen unter unterschiedlichen Dynamiken. Insbesondere auf Facebook werden zu einigen Themen mit Lokalbezug extrem polarisierte Diskussionen geführt. Dabei fällt besonders das Konfliktpotenzial der Klimaschutzdebatte ins Auge.

Die demokratischen Parteien und Wählergruppen in den Untersuchungsgemeinden besetzen ein weites Feld an Themen, sodass kaum „populistische Lücken“ in der Kommunalpolitik auszumachen sind. Einzig die radikale Ablehnung von Klimaschutzmaßnahmen hat auch auf lokaler Ebene das Potenzial eines rechtspopulistischen Alleinstellungsmerkmals.

Zugleich können im kommunalen Handlungsfeld von „Klima und Energie“ kohärente rechtspopulistische Erzählungen identifiziert werden, mit denen es gelingt, die Ebene der Problemwahrnehmung (lokal) mit der übergeordneten administrativen und politischen Handlungsebene von Land, Bund und EU miteinander in Beziehung zu setzen. Solche kohärenten „Scale-Frames“ konnten im Themenfeld „Verkehrsinfrastruktur“ in den untersuchten Orten nur wenige identifiziert werden. Insbesondere an thematischen Schnittstellen zum Klimaschutz bieten diese aber Ansatzpunkte für rechtspopulistische Interventionen qua Anrufung lokaler Kollektivinteressen.

Das Themenfeld „Migration“ wird von lokalen rechtspopulistischen Akteurinnen und Akteuren weniger intensiv (explizit) behandelt als vielfach angenommen; das schließt freilich nicht aus, dass rechtspopulistische Kräfte auch bei lokalen Wahlen von ihrem (überlokalen) Profil profitieren.

Die lokalen politischen Arrangements mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern als exponierten Figuren der Lokalpolitik bieten eine ambivalente Ausgangslage für rechtspopulistische Anti-Eliten-Diskurse: Zum einen eignen sie sich in kleineren Gemeinden aufgrund ihrer vergleichsweise ausgeprägten Bürger-nähe kaum für elitenkritische Projektionen; zum anderen bieten unpopuläre Entscheidungen und z. T. intransparente Entscheidungsverfahren Ansatzpunkte für rechtspopulistische Interventionen.

Insgesamt bieten in den untersuchten Fällen vor allem die drei konkordanzdemokratischen Besonderheiten der lokalen Politik-ebene – Verhandlungsprimat, Korporatismus und Politikverflechtung – Potential für rechtspopulistisches diskursives Framing und Scaling, das in unterschiedlichem Umfang ausgeschöpft wird.

Kommunale Wählergemeinschaften können eine entscheidende Rolle für die Stabilisierung der demokratischen Prozesse vor Ort spielen, sofern sie nicht ihrerseits genuin rechtspopulistisch argumentieren und agieren oder mit rechtspopulistischen Gruppierungen koalieren. Dies liegt einerseits an ihrer thematischen Flexibilität, die es ermöglicht, aufkommende Streitthemen frühzeitig zu besetzen, und andererseits an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer vertikalen Einbindung (z. B. in Parteistrukturen).

Neue Koalitionen zwischen zivilgesellschaftlichen und rechtspopulistischen Akteurinnen und Akteuren deuten sich in zwei der untersuchten Orte an. Dort sichern insbesondere die Verwurzelung und das Engagement rechtspopulistischer Akteure in bestimmten, vertikal schwach integrierten Organisationen (z. B. lokale Sportvereine) deren gesellschaftliche Akzeptanz.

Künftige Untersuchungen zur Auswirkung rechtspopulistischer Interventionen auf die kommunale politische Kultur sollten vor allem die sozialen Kosten einer Unterstützung rechtspopulistischer Parteien sowie die ökonomische Situation vor Ort und damit zusammenhängende kollektive Interessenslagen in den Blick nehmen.